

Schawinski kann wohl bis Ende 2024 auf UKW weitersenden

Der Bund wird die Radios vorerst nicht zwingen, ihre UKW-Sender abzuschalten

STEFAN HÄBERLI, BERN

Eigentlich hätten die privaten Radiosender seit Tagen einen Brief aus Biel erhalten sollen. Der Inhalt: der Entscheid des Bundesamtes für Kommunikation (Bakom), ihnen die UKW-Konzessionen per Ende Januar 2023 zu entziehen. Doch entgegen den ursprünglichen Plänen ist die Verfügung bisher nicht in den Briefkästen gelandet – und das dürfte so bleiben. Hat Roger Schawinski in seinem Kampf gegen die UKW-Abschaltung einen Etappensieg errungen? Nein, eher im Gegenteil. Von einem Marschhalt will das Bakom nichts wissen. Es stelle sich lediglich die Frage, ob ein Entzug der Konzessionen überhaupt notwendig sei, teilt ein Bakom-Sprecher mit.

Statt auf Zwang setzt der Bund neu auf Freiwilligkeit. Bis auf zwei Privatradios haben alle eine Vereinbarung unterschrieben, die eine UKW-Abschaltung bis Anfang 2023 vorsieht. Danach soll terrestrisch nur noch via DAB+ gesendet werden. Das Bakom geht davon aus, dass die Radios, welche die Vereinbarung unterzeichnet haben, die Konzession aus eigenen Stücken zurückgeben werden. Deshalb seien bisher noch keine Verfügungen erlassen worden, sagt ein Sprecher. Damit bleiben die UKW-Konzessionen, die der Bund ursprünglich aus dem Verkehr ziehen wollte, bis Ende 2024 gültig. Zumindest falls es sich das Bakom nicht doch noch anders überlegt. Das hiesse: Die SRG und die Pri-

vatradios könnten wie geplant im August 2021 beziehungsweise Januar 2023 ihre UKW-Sender abstellen. Schawinskis Sender Radio 1 könnte derweil bis Ende 2024 auf UKW weitersenden.

Aus Furcht vor einer Klage?

Dass das Bakom vom Entzug der UKW-Konzessionen absieht, dürfte juristische Gründe haben. Schawinski hatte öffentlich eine Klage gegen eine entsprechende Verfügung angekündigt. Sobald diese vorliege, werde er ans Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen gelangen. Genau dies wollte das Bakom wohl vermeiden. Zwar steht Schawinski mit seinem Widerstand in der Branche alleine da. Vor Gericht ist allerdings nicht relevant, was die Mehrheit richtig findet. Und auch Befürworter der UKW-Abschaltung zweifeln daran, ob ein vorzeitiger Konzessionsentzug rechtlich wasserdicht wäre. Das Bakom dürfte schlicht nicht damit gerechnet haben, dass die Verfügung angefochten werden könnte, sagen Beobachter. Schliesslich war die UKW-Abschaltung ein Wunsch der Radiobranche.

Ohne Verfügung gibt es keine Klagemöglichkeit für Schawinski. Zugleich gewährt ihm aber das Bakom, was er vor Gericht maximal hätte herausholen können: die Erreichbarkeit von Radio 1 über UKW bis Ende 2024. Für Schawinski ist das allerdings kein Grund zur Freude: «Es geht mir nicht um Radio 1,

sondern um Millionen von Konsumenten in der Schweiz.» Umso mehr muss sich der Unternehmer die Frage gefallen lassen, ob er naiv vorgegangen sei. Die Klage-Ankündigung gab dem Bakom die Möglichkeit, Schawinski ins Leere laufen zu lassen. So konnte der Bund langwierige Rechtsstreitigkeiten mit unsicherem Ausgang zu vermeiden.

Auch der Vorwurf der staatlich verordneten Zwangsabschaltung verliert an Glaubwürdigkeit. Zumindest dann, wenn die anderen Privatradios ihre UKW-Konzessionen tatsächlich aus freien Stücken zurückgeben sollten. Hätte Schawinski nicht besser stillgehalten und geklagt, sobald die Verfügung auf dem Tisch liegt? Nein, sagt der Medienpionier: «Mir wäre damals nicht im Traum in den Sinn gekommen, dass sich das Bakom auf eine solch peinliche Weise aus der Affäre ziehen will.»

Ausstiegskartell ist gefährdet

Interessant wird nun sein, wie die anderen Privatradios reagieren. Die Vereinbarung der Branche ist eine Art UKW-Ausstiegskartell: Die Branche rechtfertigt die gemeinsame Abschaltung damit, dass die Sender mit ihren Programminhalten um die Gunst der Hörer ringen sollten. Und nicht mit einem Kampf um DAB+-Verweigerer, indem länger als die Konkurrenz an UKW festgehalten wird. Das war auch der Plan des Bundes: Er subventionierte die Einführung von DAB+

mit rund 85 Mio. Fr. Die Technologieförderung war logisch mit der seit Jahren geplanten UKW-Abschaltung verknüpft. Die Phase, in der die DAB+- und UKW-Netze parallel betrieben werden, sollte möglichst kurz gehalten werden.

Ohne die Widerrufung der UKW-Konzessionen bestehen für die Radiostationen Anreize, von diesem Plan abzuweichen. Vielleicht würden neben Radio 1 nun auch andere Privatradios UKW nicht abstellen, sagt Schawinski: «Denn ohne Abschaltverfügung kann niemand sie dazu zwingen.» Das könnte laut Schawinski für die SRG, die bereits im August 2022 den Stecker ziehen will, sehr ungemütlich werden. Ohnehin lasse die SRG das Thema weitgehend unter den Tisch fallen. Das sei purer Konzernjournalismus – und aus seiner Sicht eine Konzessionsverletzung, sagt Schawinski.

Der Bund dürfte den privaten Sendern eine Gnadenfrist bis Ende 2024 gewähren. Geplant ist aber weiterhin, dass UKW nach Ablauf der Konzessionen der Stecker gezogen wird. Dagegen will Schawinski weiterhin kämpfen: «Die Zwangsabschaltung muss abgeblasen werden.» Sie dürfe auch nicht Ende 2024 kommen, sondern erst gegen 2030. Der Bund solle die DAB+-Verbreitungskosten weiterhin subventionieren, ähnlich wie bei den Zeitungen. So wären laut Schawinski alle glücklich: die Konsumenten und die Radiostationen. Aus welchem Topf das Geld kommen soll, lässt er offen.

IN KÜRZE

London und Canberra schliessen Handelsvertrag

(dpa) · Erstmals seit dem Brexit hat Grossbritannien einen vollständig neu ausgehandelten Handelsvertrag vereinbart. Premierminister Boris Johnson einigte sich mit seinem australischen Kollegen Scott Morrison auf ein Freihandelsabkommen, wie die Regierung in London am Dienstag mitteilte. So würden etwa Hersteller von Autos und Whisky von Zollfreiheit profitieren. Branchen mit etwa 3,5 Mio. Beschäftigten im Vereinigten Königreich erhielten einen Schub. London hat seit dem Brexit zwar bereits Handelsverträge mit Dutzenden Ländern beschlossen. Allerdings handelte es sich dabei stets um Kopien der bestehenden EU-Verträge mit diesen Staaten.

Hennes & Mauritz findet aus der Corona-Krise

(dpa) · Die Geschäfte des Moderiesen Hennes & Mauritz (H&M) erholen sich dank immer weniger pandemiebedingten Einschränkungen und mehr geöffneten Geschäften. Im zweiten Geschäftsquartal (bis Ende Mai) kletterte der Umsatz im Jahresvergleich um 62% auf 46,5 Mrd. sKr. (5 Mrd. Fr.), wie das Unternehmen am Dienstag in Stockholm mitteilte. Zu Beginn des zweiten Geschäftsquartals seien rund 1300 Filialen vorübergehend geschlossen gewesen. Da aber immer mehr Menschen geimpft werden, konnten in einer Reihe von Märkten die Geschäfte nach und nach wieder geöffnet werden, wie das Unternehmen weiter mitteilte. Auch wenn viele Läden wieder geöffnet hätten, entwickelten sich Online-Verkäufe weiterhin sehr gut.

ANZEIGE

16. St. Galler Festspiele
25. Juni bis 9. Juli 2021

Notre Dame

Oper auf dem Klosterhof
25./26./29. Juni, 2./3./7./9. Juli

Hauptsponsoren

CREDIT SUISSE

helvetia

Susanne und Martin
Knechtli-Kradolfer-Stiftung

ALPINA GROUP
St. Gallen | Widnau | Chur

Medienpartner

TAGBLATT Neue Zürcher Zeitung LEADER

Ticketing Partner

See TICKETS stgaller-festspiele.ch